

DGB-Vorsitzender Jörg Becker

## **Rede beim Arbeitnehmerempfang 2008** (teilweise nur Stichworte)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

**1. Freude:** Verdi-NRW 1. Quartal 2008 mehr Mitglieder als 1. Quartal 2007. (Stattdessen CDU bundesweit rund 5.000 Mitglieder seit Anfang 2008 verloren; SPD hat allein 2007 20.000 Mitglieder verloren. Allensbach stellte neulich fest: Wachsende Skepsis gegenüber der politischen und wirtschaftliche Elite in Deutschland: 67% der Bevölkerung halten Manager für gierig, 50% der Bevölkerung denken dasselbe über Politiker.) Was konkret tun Sie gegen diesen enormen Rückgang an Glaubwürdigkeit?

**2. Freude:** Warnstreik am 5. März 700 Leute. Kreuzung lahm legen. Ziviler Ungehorsam hier angekündigt 2005.

**3. Freude:** Unterschriften sammeln. Politischer Sachverstand der normalen Menschen. Solingen hat eine wache, eine aufgeklärte und eine sehr engagierte Bevölkerung. Danke!

Nicht Arbeitsmarkt, nicht Mai-Motto „Gute Arbeit muss drin sein“, nicht, dass die Einkommenskluft zwischen Arm und Reich in Deutschland immer größer wird, das macht morgen auf dem Fronhof mein Kollege Frank Kersjes, sondern Kommunalpolitik.

### **1. Derivate:**

Das Derivat-Geschäft der Stadt Solingen mit der Deutschen Bank ist weniger pikant und delikats, als vielmehr eine fahrlässige Zockerei mit dem Geld des Steuerzahlers. Wer wie Kämmerer Ernst Schneider argumentiert, die Stadt könne den Betrag in Höhe von 1,6 Mio. Euro im ersten Jahr der nun bei einer Laufzeit von zwei Jahren mit der Gewerkschaft vereinbarten Tarifierhöhung in Höhe von 8% nicht bezahlen, aber in genau gleicher Höhe Wettschulden bei der Deutschen Bank zu verantworten hat, klingt nicht glaubwürdig. Es ist wie bei dem Skandal um den vermeintlich seriösen Investor des Walder Rathauses immer das Gleiche: Schuldig sind stets nur die anderen, sei es ein anscheinend krimineller Immobilienhändler oder sei es die schlechte Beratung durch die Deutsche Bank. Warum fällt es Solinger Politikern so schwer, öffentlich Fehler zuzugeben und den Wähler öffentlich um Entschuldigung zu bitten? Spannenderweise spricht auch die Klageschrift der Anwaltskanzlei von Gerhart Baum der Stadt Solingen gegen die Deutsche Bank von „fehlender Fachkompetenz“ auf Seiten der Stadt. Aber: Wer ist der Verantwortliche, dem diese Kompetenz fehlt und warum steht er nicht für uns alle sichtbar auf?

### **2. Stadtwerkefusion:**

Selbstverständlich ist auch diese Fusion wie viele anderen Fusionen ökonomisch nicht sinnvoll. Denn gut kann man in der Betriebswirtschaft lernen, dass die Mehrheit aller Unternehmensfusionen scheitert und dies aus folgenden Gründen: Die angepriesenen Synergieeffekte treten nicht ein, Reibungsverluste zwischen früher verschiedenen Unternehmen sind größer als erwartet, ein zusätzlicher Wert ist nach einer Fusion nicht erkennbar und stattdessen wurde nur Vermögen vernichtet und Rationalisierungsmöglichkeiten beim Personal sind ebenfalls kleiner als gedacht oder finden sowieso nur in den Hochglanzprospekten der Unternehmensberater, viel weniger in der Wirklichkeit, statt. Doch wenn ein Ideologe wie Friedhelm Sträter, Präsident der IHK, mit seiner Fusionsvorstellung von einer bergischen Großstadt immer mehr den Ton angibt, dann

ist für betriebswirtschaftliche Vernunft kaum Platz. Genau wie bei allen Privatisierungsvorhaben der deutschen Kommunen, so geht es auch bei solchen Fusionen viel weniger um einen Geldmangel der öffentlichen Hand als um das nachweisliche Interesse von Unternehmensberatern und das von Finanzinvestoren, ihr überflüssiges Kapital gut anzulegen.

### **3. Finanzen:**

Immer wenn es um's liebe Geld geht, hören wir von der Stadtspitz die folgenden beiden Argumente: 1. Wir sind verschuldet und haben kein Geld. 2. Wir fällen unsere Finanzentscheidungen nicht nach politischen, sondern nach sachlichen Kriterien und wir handeln seriös und mit Fachkompetenz. Beide Argumente tragen jedoch wenig. Hier ist mit meinem Spezialfreund Joseph Ackermann zunächst einmal festzuhalten, dass „die Selbstheilungskräfte des Marktes“ in der Tat nicht helfen. Als Gewerkschafter wissen wir das zwar schon seit langem, freuen uns aber darüber, dass das seit der Bankenkrise, die die öffentliche Hand rund 30 Mrd. Euro kosten wird, endlich auch der Kollege Ackermann gelernt hat. Wenn also 30 Mrd. Steuergelder zur Rettung von Banken vorhanden sind, dann mag und will ich nicht daran glauben, dass öffentliche Gelder für Schulen, Kindergärten und Schwimmbäder fehlen. Nein, so blöd bin ich nicht. Und im Übrigen war es die rot-grüne Regierung Schröder, die die Staatsquote von damals rund 50% auf rund 43% zu Amtsbeginn der Regierung Merkel runter gefahren hat. Man muss sich also Kohlsche Zeiten zurück wünschen, um die von der öffentlichen Hand zu tragenden öffentlichen Aufgaben weiterhin finanzieren zu können!

Auch hier in Solingen hapert es mit der finanzpolitischen Kompetenz und den damit verbundenen finanziellen Prioritäten erheblich: Zusätzlich zu der Zockerei mit den Derivaten erinnere ich an hohe Beraterverträge bei der Stadtwerktochter Itec für die dort überdimensionierte Software der SAP AG, an den Fusions-Beratervertrag für PriceWaterhouseCoopers bei den Stadtwerken in Höhe von 1,2 Mio. Euro, an Forderungen des Museums Baden an die Stadt in Höhe von ½ Mio. Euro, an das funktionsuntüchtige Dach bei der neuen Bushaltestelle am Graf Wilhelm-Platz ebenfalls in Höhe von ½ Mio. Euro, an finanziell wie baulich völlig überdimensionierten Ampelanlagen (z. B. am Werwolf), an die nicht eingesparten vielen 100.000 Euro für teure Ampelanlagen anstatt billiger Verkehrskreisel (Wermelskirchen), an die verlorenen Prozesskosten beim Schokoticket und beim Museum Baden, an Verluste aus illegaler Scheinselbständigkeit für erdachte freie Mitarbeiter in der Stadtverwaltung, an 10 Mio. Euro Alt-Schulden an die Stadt, die diese nicht konsequent einfordert und die daher die Abschlüsse belasten und last but not least an die Gehaltserhöhung von Kämmerer Schneider mit 90.000 Euro pro Jahr!

Weiter: Welche seltsame ökonomische Logik steckt hinter dem Investor für die Karstadt-Nachfolge, wenn dieser einerseits ankündigt, mit seinen geplanten 60 Geschäften einen Jahresumsatz von 100 Mio. Euro erreichen zu wollen, wenn aber die alte Karstadt-Filiale in ihren besten Zeiten nur einen Jahresumsatz von 40 Mio. DM machte? Vielleicht macht dieser betriebswirtschaftliche Unsinn nur dann seinen Sinn, wenn der jetzige Investor nach Fertigstellung seiner Baumaßnahmen den gesamten Ladenkomplex an einen internationalen Immobilienfonds verkauft, dem es dann primär um Steuerabschreibungsmöglichkeiten für seine Anleger und weniger um Gewinn geht und genau dieses Modell kennen die Solinger ja bereits beim Immobilienfonds Dawnay Day aus London, dem jetzigen Inhaber der Clemens-Galerien.

Und wo wir gerade beim lieben Geld sind: Warum erhält die Stadt Solingen aus dem Einsparpotenzial der Stadtwerkefusion in Höhe von 19 Mio. Euro keine anteiligen

Rückzahlungen? Warum soll dieses Geld wiederum nur in weitere Stadtwerkeinvestitionen gesteckt werden? Warum kriegt allein über diesen Mechanismus PriceWaterhouseCoopers einen weiteren lukrativen Beratervertrag – man nennt das einen Dauerlutscher?

Nein, wirklich nein: Die Finanzpolitik der Stadt Solingen ist alles andere als ein Glanzstück. Auch hier ist der Kaiser völlig ohne Kleider und nichts als nackt. Sehr geehrter, lieber Herr Haug: Mir drängt sich der Eindruck auf, dass Sie – ein guter Konservativer, der Sie sind und ich meine das wirklich nicht ironisch – von vielen Technokraten in CDU und SPD umstellt sind, die Sie in Ihrer zweiten Amtszeit ausgehebelt haben. Dies ist nicht länger Ihre Politik, mit der Sie einst angetreten sind!

#### **4. Armutsbericht:**

Trotz mancher Kritik im einzelnen ist die Stadt zu loben, dass sie vor einigen Monaten ihren ersten Armutsbericht vorgelegt hat. Freilich müssen diesem Bericht nun auch Taten folgen. Wie sagt mein Sohn immer, wenn er auf Politiker schimpft? Die reden zu viel und tun zu wenig. Also: Die Gewerkschaft erklärt sich hiermit bereit, aktiv an einer Strategie zur Armutsbekämpfung mitzuarbeiten. Dazu gehört aus meiner Sicht, dass man nicht nur *über* Arme redet, sondern vor allem *mit* ihnen.

Es ist ein zentraler Gedanke des Christentums, dass sich Jesus mit den Armen, den Weggeworfenen, Unterdrückten und Ausgebeuteten identifizierte. Genau deswegen bin ich verärgert darüber, dass sich in Solingen weder die evangelische noch die katholische Kirche in einem offiziellen Papier zum Armutsbericht geäußert hat. Wer denn bitte sonst als die Kirche, hat sich zum Thema Armut zu äußern! Mir drängt sich der Eindruck auf, dass sich gegenwärtig gerade die evangelische Kirche mehr um eine technokratische Gemeindereform als um ihre eigene theologische Hauptaufgabe kümmert und die gilt im direkten und spirituellen Sinn der Armutsbekämpfung. Wer schweigt, stimmt zu: Diese Formulierung im Zusammenhang mit Armut übernehme ich gerne von Erwin Kräutler, dem katholischen Bischof aus meiner Universitätsstadt Innsbruck.

#### **5. Arbeitslosenzentrum**

Die Schließung der Arbeitslosenberatung im Arbeitslosenzentrum SALZ und die Weigerung der Hartz-IV-Behörde sowie der Stadt, dieser seit zwanzig Jahren gut funktionierenden Beratungsstelle in irgendeiner Form zu helfen, bestätigt die Politikansicht meines Sohnes. Man schreibt Armutsberichte, aber man tut nichts, denn offensichtlich ist unabhängige und parteinehmende Beratung im Sinne der Rechte und Interessen von Hartz-IV-Betroffenen nicht erwünscht. Statt die Probleme der ARGE, gegen deren Bescheide im Jahr 2007 knapp 2000 Widersprüche erhoben wurden und von denen sich rund 35 % als berechtigt herausstellten, zu beseitigen, werden nun grade die Institutionen und Sozialberater „beseitigt“, die diese Probleme beim Namen nennen. Warum einer nachgewiesenermaßen effektiv arbeitenden Einrichtung wie dem SALZ die Möglichkeit verwehrt wird, sich über Beratungsgutscheine der ARGE zu finanzieren, während man gleichzeitig verspricht, neue Beratungsstrukturen, die über Beratungsgutscheine finanziert werden sollen, aufzubauen, ist nicht nachzuvollziehen. Auch hier gilt im übrigen die betriebswirtschaftliche Erkenntnis, dass die Zerschlagung von Humankapital einer 20 Jahre lang erfolgreich arbeitenden Institution ungeheuer teuer ist!

#### **6. Tacheles:**

Seit nun vielen Jahren gilt in Solingen eine alte Verfügung des ehemaligen Stadtdirektors Ingolf Deubel, dass die Leitung der Stadtbücherei ein Exemplar der jeweils neuesten Ausgabe der Alternativzeitschrift „Tacheles“ auf ihre Unbedenklichkeit hin überprüfen und diese dann der Verwaltungsspitze melden muss, bevor von dort das ok kommt, dass „Tacheles“ in

mehreren Exemplaren in der Lobby-Halle der Stadtbücherei zum kostenlosen Mitnehmen ausliegen darf. Seit 2007 darf Tacheles dort nun gar nicht mehr ausliegen. Für mich hat dieser Vorgang kulturpolitisch ungefähr die gleiche Qualität wie das Verbot von Theateraufführungen von Bertolt Brecht in den frühen fünfziger Jahren. Noch mache ich den Vorschlag, aus dieser Angelegenheit keinen großen Bo-Hai zu machen und diese presserechtlich unzulässige Vorzensur still und heimlich einfach aufzuheben. Ich werde allerdings nicht mehr lange darauf warten und werde meine dann sehr boshafte Häme über diesen Solinger Kleingeist dann nicht wie bei meinem Artikel über die SINAS AG in „Tacheles“, sondern in der „FAZ“, in der ich häufig schreibe, unterbringen.

## **7. Gemeinsame Werte**

Vorbesprechung Haug Gemeinsamkeiten. Ja, die gibt es. Die Gewerkschaft ist auch und gerade dort sehr gerne konservativ, wo man, wie bei der Frage nach einer grundlegenden und grundgesetzwidrigen Aushebelung des Sozialstaatsprinzips, energisch „Stopp“ rufen muss. Die Gewerkschaft ist gerne dort konservativ, wo mit dem Begriff Reform nur neo-liberales Schindluder getrieben wird und statt Reform sozialer Kahlschlag betrieben wird. Darüber hinaus gibt es weitere vielfältige Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur. Ich denke dabei z. B. an folgende Werte: Solidarität mit Minderheiten, Schwachen und Verfolgten, Partizipation aller Bürger bei politischen Entscheidungen, Transparenz beim Handeln der politischen Elite und Übereinstimmung darüber, dass gerade Träger von ökonomischer und politischer Macht eine Vorbildfunktion zu erfüllen haben, besonders für die Jugend. Doch kann es hier nicht nur um abstrakte gemeinsame politische Werte gehen, sie müssen auch konkret gelebt werden. Wie sieht es beispielsweise mit dem Partizipationsgedanken aus, wenn man bei der Umgestaltung des Walder Stadtsaals den Förderverein Stadtsaal Wald unter Leitung von Frau Rita Pickardt dauernd austrickst? Wie sieht es mit dem Transparenzgedanken aus, wenn zwar dankenswerter Weise die Ittertal GmbH mit 17.000 Euro aus der Gewinnausschüttung der SSS gerettet wurde, es aber vorher überhaupt keine öffentliche Diskussion darüber gab, nach welchen Kriterien welcher potentielle Verein mit wie viel Geld unterstützt werden kann? Und wie sieht es mit dem Vorbildgedanken für die Jugend aus, wenn ein Stadtkämmerer im Wettgeschäft mit der Deutschen Bank viel öffentliches Geld verliert und danach einen neuen Job mit höherem Gehalt zur „Belohnung“ erhält?

Gemeinsam auch: Bündnis gegen NPD und Pro NRW.

## **Zocker City No. 1:**

Ich will meine Rede mit folgendem Gedanken abschließen. Seit langem überkleben Jugendliche die Solinger Ortsschilder mit der Aufschrift „Rock City No. 1“. Hinter diesem spielerisch-ironischen Umgang mit der für Jugendliche doch oft unattraktiven Wirklichkeit einer Provinzstadt steckt eigentlich mehr als ein Fingerzeig für attraktive Jugendarbeit. Dieser Begriff bietet mir aber auch die Möglichkeit hier und jetzt den Rücktritt von Kämmerer Ernst Schneider zu fordern. Sein Verbleiben in der Stadtverwaltung könnte sonst leicht aus der Rock City No. 1 eine Zocker City No. 1 machen, einschließlich seiner von der Staatsanwaltschaft untersuchten Vergnügungsreise mit den Stadtwerken nach Norwegen.

Zwei Büchergeschenke des DGB: Richard Sennett „Handwerk“ und Rolf Junker „Angriff auf die City“. Moschee 9:30 Uhr. Abmarsch Platz Hauptpost 10:30 Uhr. 11 Maikundgebung.